

Frankfurter Allgemeine
SONNTAGSZEITUNG

Helden auf Pump

Von Carsten Germis

Alle zeigen jetzt, dass sie etwas gegen die Krise tun. Die Kanzlerin, die die Bürger an diesem Wochenende darauf einstellte, dass 2009 „ein Jahr schlechter Nachrichten wird“, lobt ihre Konjunkturprogramme. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) stellt in der kommenden Woche im Parlament einen Haushalt vor, in dem wieder kräftig neue Schulden gemacht werden. Geld auf Pump ausgeben, um bedrängten Gruppen zu helfen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Manchmal kommt es einem so vor, als komme die Krise dem einen oder anderen Politiker gerade recht. Endlich können Politiker wieder das tun, was sie am liebsten machen: Geld verteilen. Vergessen sind die vollmundigen Schwüre, dass das Land nicht länger über seine Verhältnisse leben kann. 100 Milliarden Euro Schulden hat allein der Bund. Mehr als die Hälfte kommt noch einmal von Ländern und Gemeinden hinzu. Natürlich kann der Staat seine Ausgaben nicht drastisch kürzen, wenn die deutsche Wirtschaft nach

habt. Es stimmt: Einen Teil davon nutzte Steinbrück, um den Anstieg der Neuverschuldung zu begrenzen. Gleichzeitig verteilte die Regierung aber großzügig neue Wohltaten: Rentenerhöhung, mehr Leistungen bei der Pflege, Wohngeld, Elterngeld, höheres Kindergeld. In der Summe macht das zweistellige Milliardenbetrag aus, die nun auch in der Krise finanziert werden wollen.

Nein, Merkel und Steinbrück haben die guten Jahre nicht gut genutzt. Sie haben nur halbherzig gespart. Den Schaden haben sie jetzt. Ein Ende des Konjunkturaufschwungs 2009 haben nahezu alle Experten vorausgesagt. Die Einnahmen brechen jetzt wegen der Krise schneller weg, und die Ausgaben steigen noch stärker. Doch auch ohne Finanzkrise hätte die Koalition das Ziel, bis 2011 einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen, nicht erreicht. Die große Koalition hat ihre große Chance verpasst. Der Weg in den Schuldenstaat geht weiter. Wer Sozial- und Christdemokraten in diesen

Die große Koalition hat ihre Chance verpasst: Der Weg in den Schuldenstaat geht weiter.

Wochen beobachtet, der hat nicht den Eindruck, dass sie darüber allzu viele Tränen vergießen würden. In der Finanzkrise ist schon mancher Damm gebrochen: Die Gefahr ist groß, dass die Krise den Weg wieder frei macht in die ungebremste Schuldenpolitik der vergangenen 40 Jahre. 2009 ist Bundestagswahl, dann beginnt eine neue Regierung mit der Arbeit. Sollte die Finanzkrise 2010 überwunden sein, müsste dann richtig gespart werden. Doch erwartet das wirklich noch jemand? Warum überlegt die Koalition wohl, im Zuge der Krise auch das geplante Verbot neuer Schulden in der Verfassung still in der Versenkung verschwinden zu lassen? Der französische Schriftsteller Malraux hat einmal gesagt, in der Politik sei es wie in der Grammatik. Ein Fehler, den alle machen, wird schließlich als Regel anerkannt. Beim Schuldenmachen ist es wohl bald wieder so weit.

Es rächt sich jetzt, dass Merkel und Steinbrück die Jahre des Aufschwungs nie ernsthaft zum Sparen genutzt haben. Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht und deswegen und wegen der guten Konjunktur immer höhere Steuereinnahmen ge-

heraus, die auffällig waren: Gesine Schwans Ausführungen zum Global Compact sind entweder nicht korrekt wiedergegeben, oder sie weiß nicht, was der GC ist. Auf jeden Fall hat er nichts damit zu tun, dass sich Staaten zu etwas verpflichten, sondern dass sich Unternehmen gegenüber dem UN-Generalsekretär verpflichten, zehn Prinzipien der UN zu fördern und in ihren Firmen umzusetzen. Zweimal wird in Ihrem Artikel vermerkt, Peter Eigen sei Chef der Weltbank gewesen. Er hat dort gearbeitet, ihr Chef war er nie. Sie machen Peter Eigen wichtiger, als er war. Gefallen hat mir die Art, in der Sie das Vorgehen des Ehepaars Eigen darstellen, Transparenz und Integrität gehören jedenfalls nicht dazu.

Angelika Poblentz, Generalsekretär ICC Deutschland e. V., Berlin

Gruppendynamik

POLITIK Zu „Noch neun Wochen“ von Volker Zastrow (16. November): In dem Beitrag bringen Sie die Situation auf den Punkt: Es geht um einen gruppendynamischen Prozess, der wahnhaftige Züge annimmt. Wenn man eine Mitteilung nicht gerne hat, dann wird kritisiert, wie oder zu welchem Zeitpunkt die Nachricht übermittelt wurde: Das ist in Familien und in der Politik gleich. Tatsache ist



und bleibt: Vier Abgeordnete wollten den Linkskurs von Frau Ypsilanti nicht mittragen. Das muss sie akzeptieren und in Würde abtreten. Das Wüten der Parteiobere zeigt mangelndes Demokratieverständnis und hat verheerende Wirkungen auf Wähler und Parteibasis. Claudine Borries, seit dem 10. 11. 2008 nicht mehr Mitglied der SPD, Wiesbaden

Doppelpack

POLITIK Zu „Erbätlich nur im Doppelpack“ von Markus Wehner (16. November): Nicht, dass Ihr Artikel mir nicht gefallen hätte. Ich nehme hier aber zwei Punkte

heraus, die auffällig waren: Gesine Schwans Ausführungen zum Global Compact sind entweder nicht korrekt wiedergegeben, oder sie weiß nicht, was der GC ist. Auf jeden Fall hat er nichts damit zu tun, dass sich Staaten zu etwas verpflichten, sondern dass sich Unternehmen gegenüber dem UN-Generalsekretär verpflichten, zehn Prinzipien der UN zu fördern und in ihren Firmen umzusetzen. Zweimal wird in Ihrem Artikel vermerkt, Peter Eigen sei Chef der Weltbank gewesen. Er hat dort gearbeitet, ihr Chef war er nie. Sie machen Peter Eigen wichtiger, als er war. Gefallen hat mir die Art, in der Sie das Vorgehen des Ehepaars Eigen darstellen, Transparenz und Integrität gehören jedenfalls nicht dazu.

Angelika Poblentz, Generalsekretär ICC Deutschland e. V., Berlin

Lob der Ironie

POLITIK Zu „Der etwas andere Weg aus der Krise“ (16. November): Ich lese regelmäßig die Sonntagszeitung. Einen solchen Schuss Ironie, wie auf Seite 1 habe ich Ihnen nicht zugetraut. Lob für Sie. Ich werde die Seite an meine Arbeitskollegen weitergeben beziehungsweise ans schwarze Brett heften.

Kai-Uwe Tamschick, Biebertal

Kraft des Christentums

POLITIK Zu „Sommer, Sonne, Fettgeruch“ von Marie Katharina Wagner (16. November): Über die Integration von Türken und Deutschen im Ausland müsste man differenzierter berichten. Auch den deutschen Rentner gibt es natürlich nicht – auch nicht in Alanya. Zu schnell kommt man daher auf die Vorurteile über „Rudi aus Bottrop“ an der türkischen Riviera oder zankende Alte im „Seniorenheim“ Alanya. Es gibt hier wirklich auch noch genügend andere. Viel interessanter aber sind

Die große Angst vor kleinen Preisen

Deflation ist das Gruselwort der Stunde. Wenn alles billiger wird, droht Firmen die Pleite

Wenn Familien jetzt einkaufen gehen, haben sie allen Grund zur Freude. Drei Paprika, ein Kilo Kartoffeln, ein Netz Orangen, zwei Lippenstifte, ja sogar die CD mit klassischer Musik für Oma zu Weihnachten – all das ist zuletzt deutlich billiger geworden, teils um mehr als zehn Prozent. Und für die anschließende Tankfüllung zahlt die Familie sowieso viel weniger als noch im Frühling. Von der Inflation, die im Mai noch aller Welt Angst machte, ist kaum etwas übrig geblieben.

Doch während die Verbraucher an der Supermarktkasse ihre Mundwinkel nach oben ziehen, lassen die Konjunkturexperten ihre ziemlich tief hängen. Denn sie rechnen damit, dass die Preise vielleicht noch weiter und weiter sinken, und dann käme die Wirtschaft erst in eine richtige Misere. Wenn die aktuellen Preise im Durchschnitt niedriger sind als die im Jahr zuvor, wird aus der „Inflation“ eine „Deflation“, und dieses Wort versetzt den Ökonomen einen gehörigen Schrecken. Sinkende Preise sind Wirtschaftsforschern ein Greuel. Die Europäische Zentralbank hat davor so viel Angst, dass sie die Inflation nahe bei zwei Prozent zu halten versucht – und auch nicht viel tiefer, damit für alle Fälle noch ein bisschen Abstand zur Deflation ist.

Doch dieser Abstand könnte bald aufgebraucht sein angesichts des Tempos, in dem die Preise zurzeit fallen. Die Wirtschaftskrise hat sich auf der ganzen Welt ausgebreitet, überall kaufen die Menschen weniger ein. Und mit der Nachfrage sinkt der Preis. Ein Fass Rohöl kostet heute bereits weniger als 50 Dollar; noch vor mehreren Monaten hatte ein Käufer dafür fast 150 Dollar zahlen müssen. Fast alle anderen Rohstoffe und Nahrungsmittel sind mittlerweile günstiger geworden. Und das könnte bald auch für viele Endprodukte gelten, wenn die Leute nicht wieder einkaufen.

Nun hat erst einmal niemand etwas dagegen, wenn die Preise sinken. Auch nicht die Ökonomen. Aber viele haben etwas dagegen, was danach passiert. In der Autoindustrie lässt sich das ganz deutlich beobachten, denn die hat schon eine Deflation: Weil kaum noch jemand Autos kauft, sind Neuwagen heute so billig wie seit Jahren nicht mehr. Die Autobauer aber, denen macht das große Sorgen. Sie können ihre Leute und ihr Material kaum noch bezahlen, jetzt wollen einige vom Staat gerettet werden.

Wenn das nun nicht nur mit den Autos passiert, sondern auch mit den Waschmaschinen, dem Brot und den Wintermänteln, dann kann das der Wirtschaft zusätzliche Probleme bringen. Erstens, weil dann immer weniger eingekauft wird. Die Leute fühlen sich mit ihren Einkäufen wie früher nur mit dem Computer: Warte noch ein bisschen, sagen sie sich, dann wird's noch billiger. Das zweite Problem sind die Kredite. Denn die

sind eigentlich so vereinbart, dass das Geld immer weniger wert wird – auch dafür zahlt der Schuldner Zinsen. Wenn nun aber alle Preise sinken, werden die Schulden, in der Kaufkraft des Geldes gerechnet, immer größer. Und schwieriger zu begleichen. Auf einmal könnten viele Firmen pleitegehen. Das macht den Ban-

flation nur die Gehälter senken – die Preise für Arbeit –, dann wäre das kaum auszuhalten. Nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Wirtschaft. Denn dann würde mit deren Privatkrediten dasselbe passieren wie mit den Firmenkrediten: Viele würden nicht zurückgezahlt werden können.

So wie der Preisverfall von Wohnhäusern in Amerika die Immobilienkrise ausgelöst hat, so könnte ein allgemeiner Preisverfall noch eine viel schlimmere Krise auslösen. Und so ist die Deflation nicht nur eine Folge der Wirtschaftsschwäche – sondern sie kann diese schlimmstenfalls noch verschärfen.

Der amerikanische Notenbankchef Ben Bernanke hat Deflationsgefahren schon vor einigen Jahren analysiert. Er hat damals betont: Wenn die Wirtschaft einmal in einer Deflation ist, fehlt auch der Notenbank das wichtigste ihrer Werkzeuge: der Leitzins. Den kann sie gar

nicht so tief senken, wie das eigentlich nötig wäre. Im Normalfall ist in den Zinsen ein gewisser Wertverfall des Geldes eingerechnet, darum sind sie etwas höher, als sie es ohne Inflation wären. Deflationen müssten dann die Zinsen senken – aber tiefer als null geht es nun mal nicht.

Die Notenbank hätte trotzdem einige Mittel, findet Bernanke. Zum Beispiel müsste sie dann stattdessen Geld drucken und damit Staatsanleihen aufkaufen. So könnte die Notenbank zusätzliches Geld in Umlauf bringen – in der Hoffnung, dass das andere Geld wieder an Wert verliert. Besonders begeistert ist er von der Deflation trotzdem nicht: Mit solchen Dingen habe die Zentralbank zu wenig Erfahrung.

Dieses Problem ließe sich aber im Prinzip lösen, wenn die Zentralbank ab jetzt eher mit einer Deflation rechnet und damit Erfahrungen sammelt. Manche fragen deshalb: Wäre es nicht günstiger, die Inflation immer um null zu halten? Wenn die Menschen daran gewöhnt wären, könnten sie von vornherein niedrigere Kredit- und Guthabenzinsen vereinbaren – dann wären kurze Phasen der Deflation für die Schuldner gar nicht mehr so schlimm.

Trotzdem befürworten viele Ökonomen eine leichte Inflation. Denn die Menschen wollen das Gefühl haben, sie immer mehr bekommen als früher – und nach Möglichkeit nie weniger. Verluste spüren wir nämlich zwei- bis dreimal so stark wie Gewinne. Und dabei berücksichtigen wir die Inflation nicht, sondern wir freuen uns auch über Gehaltserhöhungen, mit denen tatsächlich nur die allgemeinen Preissteigerungen ausgeglichen werden.

Wenn nun das Geschäft für eine Firma etwas schwieriger wird, dann nehmen die Mitarbeiter eine Gehaltssteigerung unter der Inflationsrate recht leicht hin, aber wenn ihr Gehalt gesenkt wird, werden sie böse – das haben zum Beispiel David Kahneman, Jack Knetsch und Richard Thaler schon vor 20 Jahren gezeigt. Ähnlich denken Wohnungsvermieter: Die sind gelegentlich durchaus bereit, ihre Miete nicht zu erhöhen, obwohl die Gehälter und die anderen Preise steigen. Ohne Inflation müssten sie die Miete senken, um denselben Effekt zu erzielen – aber auf diese Idee kommt sicher kein Vermieter.

Wenn man also erreichen will, dass Löhne und Preise einigermaßen flexibel bleiben, dann ist ein gewisses Maß an Inflation ganz sinnvoll. Und es sorgt dafür, dass wir uns besser fühlen. Schon allein, weil die Zahlen immer größer werden.

Ben Bernanke: „Deflation: Making sure 'It' doesn't happen here.“, Rede vor dem National Economists Club in Washington, 21. November 2002.

Daniel Kahneman, Jack Knetsch und Richard Thaler: „Fairness as a constraint on profit seeking“, American Economic Review 76, September 1986, S. 728-741

DER SONNTAGS ÖKONOM

VON PATRICK BERNAU

ken noch zusätzliche Schwierigkeiten, aber das ist nur ein kleiner Teil der Probleme. Denn die Firmen müssten vermutlich viele Mitarbeiter entlassen. Aber auch wenn die Unternehmen in einer De-

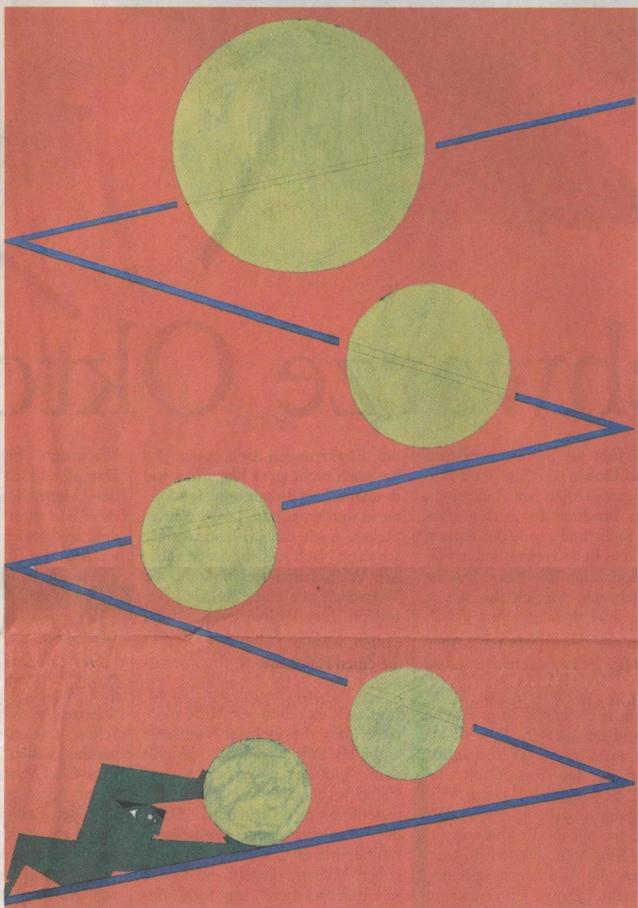


Illustration Alfons Holtgreve

LESERBRIEFE



Gescheiterte Staaten

POLITIK Zu „Wettretten erreicht die Autobranche“ von Carsten Germis (16. November):

Der Bundesaußenminister und Kanzlerkandidat der SPD, Steinmeier, hat die Betriebsräte der Automobilbranche zu einem Gespräch in das AA eingeladen. Dem Kanzlerkandidaten steht selbstverständlich die Einladung zu einem solchen Gespräch frei – aber in das Auswärtige Amt? Deutsche Wirtschaftspolitik ist in der Ressortzuständigkeit nicht dem AA zugeordnet, und auch als Vizekanzler ist Herr Steinmeiers Funktion als „Stellvertreter der Bundeskanzlerin“ in der Geschäftsordnung der Bundesregierung klar definiert. Der Ort des Treffens ist ein eklatantes Beispiel unzulässiger Vermischung staatlich-institutioneller und parteipolitischer Rollen. Dass dies gerade im Auswärtigen Amt geschieht, das sich in Transformationsländern, Krisenstaaten und „failed states“ um die Festigung und den Aufbau demokratischer Institutionen bemüht, stellt einen Skandal besonderer Qualität dar.

Prof. Dr. Hartmut Ullrich (Prof. für Europawissenschaften im Ruhestand), Grebenstein

Tierquälerei

SPORT Zu „Alarm im Parcours“ von Evi Simeoni (16. November):

Das Problem im Springreiten ist nicht, dass es Doping und Manipulation gibt. Pferde sind Steppentiere, geboren, um schnell über Grasflächen zu laufen. Kein Pferd springt ohne Not über Hindernisse, denn dabei riskiert es immer eine Verletzung, und ein lahmes Pferd ist schnell ein totes Pferd. Wann immer möglich, wird ein Pferd um ein Hindernis herumgelaufen. Es gibt einen einzigen Grund, aus dem ein Pferd über Hindernisse springt: Angst. Angst vor einem Raubtier, das ihm auf den Rücken springen und seine Krallen und Zähne in sein Fleisch schlagen will – oder Angst vor dem Tierquäler, der auf seinem Rücken sitzt.

Christoph Huesmann, Köln

Schreikinder

WISSENSCHAFT Zu „Drei Monate können so lang sein“ von Sabine Wienand (16. November):

Als Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin und Neonatologie halte ich Ihren Artikel für äußerst bedenklich. Für selbst betroffene Leser(-innen) werden die Gefahren der dargestellten Vorgehensweise – zumal von einem begnadeten Kinderarzt für prominente Mütter vorgeführt – nicht deutlich gemacht. Der begnadete Wunderdoktor hat die Kinder 1. gefesselt (das Rumänien Ceauscescu lässt grüßen!), 2. geschüttelt (die noch sehr aktuellen Ereignisse dieser Art Kindesmisshandlung und -tötung lassen ebenfalls grüßen), 3. geknebelt (die Zweckfremdung des Schnullers war im Kontext augenscheinlich). Ich kann nur hoffen, dass der Experte in seinen Aktionen knapp unterhalb der Grenze von Folge-Hirnschäden blieb – ein Elternteil mit blankliegenden Nerven

schafft dies sicherlich nicht! Ich kann vor solchen Machenschaften nur warnen! Viel gesünder ist das schon der sanfte und innige Körperkontakt, eine beruhigend weich-motone Stimme und natürlich auch Mutterbrust oder Schnuller – aber nicht als Knebel. Den erforderli-



Kuscheln ist besser.

Foto: N. ...

chen Halt bekommt der Säugling nur dadurch und nicht durch Fesselungskünste. Im Übrigen sind in diesem Zusammenhang die Einrenkungen der Osteopathen als ähnlich gefährlich einzustufen. Was soll denn eingerenkt werden? Ein lukratives Geschäft ist es aber allemal – auf Kosten der Kinder und der verzweifelten Eltern. Da lobe ich mir unsere unspektakulären Schreiambulanzen, die Hilfe anbieten.

Pedro Andreo Garcia, FA für Pädiatrie und Neonatologie, Münster

Leserbriefredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 60267 Frankfurt/Main. E-Mail-Adresse: Sonntagszeitung.Politik@faz.de. Um möglichst viele Leserbriefe veröffentlichen zu können, sind wir leider häufig gezwungen, sie zu kürzen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

Wen haben Sie denn da zum Einkaufen geschickt? 5 kg Zwiebeln kosten hier 1,99 €, 1 l Milch 0,75 €, Möhren vom Wochenmarkt 1,50 € das Kilo, 250 g Butter 1,19 € bei nicht mal besonders preisbewusstem Einkaufen. Butter gibt es aber auch für 0,79 €. 60 g Mehl für 0,50 € bedeutet einen Kilogrammpreis von irrwitzigen 8,33 €. Der „Rotwein“ allerdings könnte etwas besser sein; die Flasche für 1,75 €? Na, da weiß ich nicht so recht.

Kurt Borberding, Braunschweig, zu „Geht's noch billiger“ von Winand von Petersdorff-Campen (16. November)

Wirtschaft



Der schwarze Oktober

Selten ist die deutsche Wirtschaft so schnell eingebrochen wie jetzt. Die Pleite von Lehman war der Wendepunkt. Die Panik greift um sich

VON CARSTEN GERMIS UND WINAND VON PETERSDORFF

Was überrascht, ist die Geschwindigkeit, mit der die Wirtschaft von Hochstimmung in tiefe Betrübnis versinkt. „Die Krise verschont keine Branche und keine Region“, sagt Daniel Stelter, Seniorberater für Boston Consulting: „Wir haben schon einige Rezessionen kommen sehen, aber selten war eine so schnell.“

Die Krise ist überall: zur See, an Land oder in der Luft. Sie trifft die Hersteller von Markenjoghurts, die Weltmarktführer für Druckmaschinen, Chemieriesen wie BASF und die kleinen Möbelhäuser in Deutschlands Gebirgsgebieten. In der Metall- und Elektroindustrie sagen zwei von drei Firmen, die Lage habe sich im Oktober verschlechtert oder sogar erheblich verschlechtert. Jedes siebte Unternehmen der Branche berichtet von „erheblich umfangreicheren“ Stornierungen als in normalen Zeiten.

Besonders die Sieger der Globalisierung spüren jetzt die Flaute. In diesem Sommer noch verdienten die Reeder mit Schiffen für Massengüter wie Erz oder Kies phantastisch. Die Frachtraten erreich-

ten im Juni die Spitzenwerte von 230 000 Dollar pro Tag. Jetzt kostet es 3700 Dollar am Tag, einen großen Frachter zu mieten. Das reicht nicht mehr, um die Kosten zu decken. In den chinesischen Häfen stapelt sich das Erz. „Das ist ein Einbruch, wie ich ihn seit 35 Jahren nicht mehr gesehen habe“, sagt Seefahrtsexperte Berthold Volk.

Das Werk eines deutschen Autozulieferers produzierte noch im Sommer in 18 Schichten je Woche fast rund um die Uhr. Die Firma kaufte extra teure Werkzeugmaschinen, um den Ausstoß mit aller Macht zu steigern. Wenige Wochen später ist das alles vorbei. Die Fabrik drosselt die Produktion auf sieben Schichten. Die wichtigsten Kunden, die Autobauer, bestellen nicht mehr. „Einige Unternehmen trifft der Abschwung wie ein Tsunami“, sagt der Chef der Metallarbeitgeber, Martin Kannegiesser.

Lange Zeit nährten Ökonomen noch die Vorstellung, die Realwirtschaft werde in der Krise einigermaßen glimpflich davonkommen, und allein die Finanzwirtschaft bekomme größere Probleme. Auch die Wirtschaftsverbände zeigten sich noch lange optimistisch. „Vor nur wenigen Wochen haben mir alle Branchenverbände mit Ausnahme der Autoindustrie gesagt, es laufe bei ihnen weiter gut“, berichtet Bundeswirtschaftsminister Michael Glos. Doch diese Hoffnung hat sich in Luft aufgelöst.

Das Gegenteil ist eingetreten, es wird für alle schlimm. Plötzlich korrigiert Branche um Branche

ihre Erwartungen nach unten. „Es hat noch nicht jeder begriffen, wie dramatisch es im schlimmsten Szenario werden könnte“, sagt Berater Stelter. Auch das Ifo-Institut malt schwarz: Nach Ansicht der Münchner Wirtschaftsforscher steht die Wirtschaft vor einer globalen Rezession. Das Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal auf 60,0 Punkte gesunken – und damit auf den tiefsten Wert seit 1988.

Die Finanzkrise, mit der alles anfang, schwelt schon seit Mitte 2007, ohne dass die globale Nachfrage einbrach. Alle Probleme, die mit dem globalen Wachstum auf Pump verbunden sind, waren spätestens von da an erkennbar. Doch die Realwirtschaft produzierte munter weiter: „Die Unternehmen gaben Vollgas, obwohl die Kurve schon in Sicht war“, sagt Jörn Niewiadomsky, der für Growth Consulting Automobilzulieferer und Fluggesellschaften berät. Das

Wachstum bekam zwar einen Dämpfer, doch die Stimmung in den Unternehmen blieb stabil positiv. Aber dann kam der Tag, von dem an die wichtigsten Akteure begannen, die Risiken in der Volkswirtschaft neu zu betrachten: der 15. September 2008.

An jenem Tag ging die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers in die Insolvenz. Die amerikanische Regierung, die später den Versicherungsriesen AIG absicherte, verweigerte Lehman den Schutz. „Sie unterschätzte das systemische Risiko“, sagt Commerzbank-Chef Martin Blessing heute zu dieser Entscheidung Washingtons. Von der Lehman-Pleite ging das Signal aus, dass sich die Krise nicht von selbst erledigt und nicht auf die Wall Street begrenzt bleiben werde, sagt Kai Carstensen, Konjunkturchef des Ifo-Instituts.

Berater Niewiadomsky sagt, er habe nur einen Tag erlebt, der zu-

mindest eine Branche, die Fluggesellschaften, mit ähnlicher Wucht traf. Das war der 11. September 2001, als Terroristen das World Trade Center in New York und andere Ziele angriffen. Danach konnten viele Fluggesellschaften nur mit staatlichen Garantien weiterfliegen und nur nach harten Sanierungsschnitten überleben.

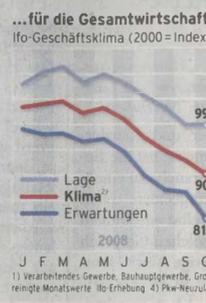
Die schwarze Woche an der Wall Street hatte zwei Effekte: Die normalen Leute und viele Unternehmen begannen, ihr Pulver trocken zu halten und zu sparen. Sie zögerten ihre Bestellungen hinaus. Sie stornierten schon erteilte Aufträge. Dass diese Effekte am Ende global durchgereicht werden und alle treffen, ist die Konsequenz der globalen Wertschöpfungsketten. Es gibt kaum noch Lagerhaltung; weniger Produktion in der spanischen Autofabrik stoppt damit auch die Bänder des Zulieferers aus der Pfalz.

Gleichzeitig reorganisiert sich die Finanzwirtschaft, sie schrumpft sich gesund. Hatte sie in den vergangenen Jahren die rapide Industrialisierung der Schwellenländer und die Globalisierung von Produktion und Beschaffung auf Pump und ohne Blick für Risiken finanziert, gilt es nun zuerst einmal, sich selbst zu retten.

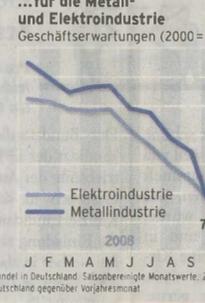
„Deleveragen“ heißt das Modewort der Zunft, mit dem die eigene Zukunft gesichert werden soll. Mit anderen Worten: Banken geben weniger Kredit. Global, so rechnet Boston Consulting vor, verzeichnet die Finanzwirtschaft 1,5 Billionen Dollar Verlust. Damit vermindert sich ihre Kapazität, Kredite zu vergeben, um 20 Billionen Dollar. Das entspricht rund sieben Prozent des globalen Kreditbuchs. Eine Faustregel besagt, dass ein Dollar Wachstum mit vier Dollar Kredit finanziert wird. Ohne Geld der Banken aber schrumpft die Wirtschaft.

Wie lange dauert das alles? Wann fasst die Wirtschaft wieder Tritts? Der Internationale Währungsfonds hat 100 Rezessionen untersucht und kommt zu einem betrüblichen Ergebnis. Rezessionen, die durch Finanzkrisen ausgelöst werden, sind tiefer, und sie dauern länger: Sie sind zwei- bis dreimal so tief wie gewöhnliche Einbrüche und dauern zwei- bis viermal so lang. Deswegen hat auch das Wirtschaftsministerium kaum Hoffnung, dass die Talfahrt bald zu Ende sein könnte. „In den kommenden Monaten deutet sich keine grundlegende Wende an“, heißt es dort.

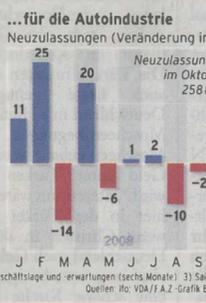
Ein trüber Monat ...



...für die Metall- und Elektroindustrie



...für die Autoindustrie



150 000 Aushilfen gesucht

Händler schaffen Jobs für das Weihnachtsgeschäft

BERLIN. Trotz Finanzkrise und Rezession blickt der deutsche Einzelhandel optimistisch auf das Weihnachtsgeschäft. Nach Informationen dieser Zeitung wollen die Händler wegen der längeren Einkaufszeiten und für den Einpack- und Lieferservice im Weihnachtsgeschäft etwa 150 000 Aushilfen zusätzlich beschäftigen.

Diese hohe Zahl befristeter Einstellungen deutet darauf hin, dass sich der Handel nach dem schwachen Weihnachtsgeschäft 2007 in diesem Jahr wieder ein leichtes Plus erhofft.

2007 war der Gesamtumsatz der Monate November und Dezember von 75,5 Milliarden Euro im Vorjahr auf 74 Milliarden Euro gesunken. Dieses Jahr soll es wieder in Richtung des Ergebnisses von 2006 gehen.

Welchen Zuwachs der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels genau erwartet, will er am Donnerstag mitteilen. Verbandsprecher Hubertus Pellenz meint aber schon: „Über den Einzelhandel hält der Weihnachtsmann seinen Schutzschirm.“ cag.

Weniger Steuern für neue Autos

BERLIN. Die Automobil-Hersteller haben an die Bundesregierung appelliert, die neue CO₂-basierte Kraftfahrzeugsteuer schon zum 1. Juli 2009 einzuführen. Wer dann ein neues schadstoffarmes Auto kauft, soll jedes Jahr um 18 bis 57 Euro entlastet werden, heißt es in einem Vorschlag des Verbands der Automobilindustrie.

Diesel-Fahrer würden dem Vorschlag zufolge um 83 bis 95 Euro entlastet. Geringere Steuern für Neuwagen sollen Impulse zum Kauf neuer Autos geben und der Branche helfen. cag.

Mehdorn verzichtet

Der Bahnvorstand legt eine Nullrunde ein

BERLIN. Der Bahn-Vorstand will im kommenden Jahr auf Einkommenserhöhungen verzichten. Das hat ein Sprecher der Deutschen Bahn AG am Samstag bestätigt. Der Vorstand habe diesen Schritt am Freitag in einer Sondersitzung beschlossen.

Bahnchef Hartmut Mehdorn sagte in einem Interview, der Grund für diese Entscheidung sei die Wirtschaftskrise. „Deutschland steht vor schwierigen Zeiten. In dieser Situation sind höhere Einkommen für Manager schwer zu vermitteln, auch wenn die

Deutsche Bahn 2008 wiederum erfolgreich sein wird.“

Mit Blick auf den Gewerkschaftstag der Bahngewerkschaft Transnet heute in Berlin sagte der Bahnchef: „Es ist völlig legitim, wenn die Beschäftigten am Erfolg des Unternehmens teilhaben wollen. Allerdings ist jetzt ein besonderes Augenmaß gefordert, da unser Land gerade in eine Rezession abrutscht.“ Mehdorn sagte, die Transnet-Forderung nach zehn Prozent mehr Lohn habe mit der Realität „rein gar nichts mehr zu tun“. sibi.

Philips streicht 1600 Stellen

DEN HAAG. Der niederländische Elektronikkonzern Philips will 1600 Stellen in seiner Medizinsparte streichen. Dies betreffe etwa fünf Prozent der insgesamt 32 000 Mitarbeiter der Sparte, sagte ein Konzernsprecher. Philips wolle trotz der schwächeren Wirtschaft seine Gewinnmargen halten oder sogar noch verbessern, erläuterte er. Die Mehrzahl der Beschäftigten der Medizinsparte arbeitet in Amerika. Das bedeutet nach Angaben des Sprechers aber nicht, dass dort auch die meisten Menschen entlassen werden. AFP

NEULICH IN MEINEM CAFÉ

VON ROCCO

Pst, alle mal herhören! Jetzt plaudere ich aus dem Nähkästchen. Judith ist nämlich kurzfristig verhindert und kann deshalb ihre Kolumne nicht schreiben. Daher springe ich als Ersatz über dieses schönen Café wieder ein. Ich kann zwar nicht so gelenkig mit der Feder umgehen wie die blonde Hanseatin, aber dafür kenne ich keine Rücksichtnahmen. Es ist ja keineswegs so, dass meine Kundschaft nur aus Judith, dieser ewig nörgelnden Friseurin und dem arbeitsscheuen VWL-Studenten bestünde. Hier treffen sich jede Menge interessante Leute. Kürzlich war Judith abends mit zwei Kollegen da, einem baumlangen Kerl namens Venantio und einem etwas kompakteren Südländer mit dem schönen Namen Giorgio. Soll ich Ihnen etwas sagen? Diese Journalisten sind nicht nur ein fröhliches Völkchen, sondern auch ein sehr wirtschaftsfreundliches: Sie haben sich derart an meinem Jolo erfreut, dass ich mir von dem Erlös endlich eine neue Espresso-Maschine kaufen kann. Bis in die frühen Morgenstunden haben sie sich über die Wirtschaftskrise unterhalten. „Auf einen schwarzen Herbst folgt ein schwarzes Frühjahr“, hat der Baumlange deklamiert, während Giorgio dagegenhielt: „Es läuft. Es läuft.“ Ich weiß zwar nicht, wie es mit der Wirtschaft läuft, aber der Barolo lief derart aus dem Fass, dass es eine reine Freude war. Und so verdanke ich meinen Freunden aus der Zeitung die Kenntnis des Grundgesetzes der Wirtschaft: Leute, stürmt in die Cafés (vor allem in meine) und esst und trinkt nach Herzenslust. Das kurbelt die Wirtschaft garantiert an. Dann schreibt Judith schmucke Kolumnen über euch, worauf sich der Zeitungsabsatz verdoppelt. Und ich bewerbe mich jetzt als Nachfolger Bert Rürups für den Vorsitz des Sachverständigenrats. Arrivederci!

VOLKES STIMME

Von Edgar Piel
Institut für Demoskopie Allensbach

Hauptsache gepflegt

Gepflegtes Aussehen wird jüngeren Leuten immer wichtiger. Die Epoche, in der junge Leute in der Öffentlichkeit mit Punk und Ungepflegtheit kokettierten, ist schon eine Weile vorüber. Junge Frauen unter dreißig betonen das zarte Profil, junge Männer aus der Altersgruppe sehen es zu 54 Prozent ebenso. Mitte der 90er Jahre war der Anteil der jungen Männer, die großen Wert auf ein gepflegtes Äußeres legten, deutlich kleiner (45 Prozent). Damals gab es im Badezimmer von jüngeren Männern neben Seife, Duschgel und Shampoo allenfalls ein Rasierwasser.

Spieglein an der Wand

Bedeutung von Pflege und Styling für junge Menschen (in Prozent)



Frauen: Mehr Make-up, weniger Lippenstift
Männer: Mehr Haar-Styling
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach / I.F.A. Grafik für Jobb



FERNSEHPREIS
Das anstrengende Geschäft hinter der Bambi-Gala, Seite 48

LOBPREIS
MySpace ist besser als Facebook, sagt Firmengründer DeWolfe, Seite 37

MILCHPREIS
Die Bauern müssen sich an den Markt gewöhnen, Seite 46



Sonntagsökonom 36
Kommentar 36
Interview 37
Personalien 46
Porträt 48